
«Wir haben die Bestie aus unserem eigenen Schoss geboren»

Der Attentäter von Wien war ein vorbestrafter Islamist, der in einem Programm zur Deradikalisierung betreut wurde. Vier Tage vor dem Anschlag hatte er seinen letzten Termin. Was ist da schief gelaufen? Fragen an den Dschihadismus-Experten.

Ein Interview von [Solmaz Khorsand](#), 12.11.2020

Neun Minuten hat der Terroranschlag in Wien gedauert. In neun Minuten hat ein IS-Sympathisant in der Nacht vom 2. November vier Menschen in der Wiener Innenstadt ermordet und 23 weitere verletzt, bis er selbst von Polizeibeamten getötet wurde.

Der 20-jährige Wiener war den österreichischen Behörden bekannt. 2019 wurde er wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung zu 22 Monaten Haft verurteilt, nachdem er in der Türkei daran gehindert wurde, weiter nach Syrien zu reisen, um sich der Miliz des Islamischen Staats anzuschliessen. Im Dezember 2019 wurde der Mann vorzeitig entlassen. Da die Untersuchungshaft mit eingerechnet war, hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Drittel der Strafe abgesessen.

Das Innenministerium schiebt die Verantwortung auf den Verein Derad-, der im Auftrag des Justizministeriums Deradikalisierungsmassnahmen verantwortet. «Perfide ausgetrickst» sollen die Betreuer worden sein, meinte Innenminister Karl Nehammer (ÖVP), dessen Behörde nun selbst unter massivem Erklärungsnotstand steht. Im Juli schlug der slowakische Geheimdienst Alarm, als der vorbestrafte Islamist versuchte, in Bratislava Munition für eine Kalaschnikow zu kaufen. Dass diesem Hinweis nicht nachgegangen wurde, sehen viele als Beweis, dass Österreichs Verfassungsschutz nicht auf der Höhe seiner Aufgaben ist.

Der Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger forscht zu Islamismus, Nahem Osten und speziell Kurdistan. Er hat aktiv in der Deradikalisierungsarbeit von dschihadistischen Jugendlichen in Österreich mitgearbeitet. Zuletzt hat er gemeinsam mit der Soziologin Veronika Hofinger vom Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie in einer Studie zu «Deradikalisierung im Gefängnis» 39 mutmassliche Dschihadisten in 14 österreichischen Justizanstalten befragt.

Das Fazit: Es ist fast unmöglich, sie in die Gesellschaft zu reintegrieren.

Herr Schmidinger, ist es Usus in Österreich, verurteilte Terroristen frühzeitig aus der Haft zu entlassen?

Ja, das tut man sehr oft. Das ist die einzige Möglichkeit, die Personen länger im Auge zu behalten, weil eine frühzeitige Entlassung an Bewährungsaufgaben geknüpft ist. Sie müssen sich etwa regelmässig mit den Vertretern

der Bewährungshilfe oder des Vereins Derad treffen, der im Auftrag des Justizministeriums Deradikalisierungsmaßnahmen mit Strafgefangenen durchführt. Auch mit der Überlegung im Hinterkopf, dass die Bewährung wieder ausgesetzt werden kann, wenn der Betroffene rückfällig wird. Wenn sie ihre Strafe abgesessen haben, ist das nicht mehr möglich.

Drei Jahre lang hätte die Auflage für den Attentäter gegolten. Alle zwei Wochen traf er sich zu einem 90-minütigen Gespräch mit seinem Betreuer, das letzte fand am Donnerstag vor dem Anschlag statt. Sie selbst geben Workshops in unterschiedlichen Institutionen zum Thema Deradikalisierung. Wie ist es möglich, dass einem Experten vier Tage vor einem geplanten Anschlag die Intention seines Gegenübers nicht auffällt?

Noch wissen wir nicht, wie sein Derad-Betreuer ihn wirklich eingeschätzt hat. Wir wissen auch nicht, ob der spätere Attentäter bei seiner Entlassung als deradikaliert eingeschätzt wurde. Grundsätzlich sehe ich schon ein Problem mit den Deradikalisierungsbemühungen in Österreich. Der Verein Derad ist der einzige Anbieter in diesem Bereich, der von den Behörden herangezogen wird. Das ist ein kleiner Verein, der auf Honorarbasis mit wenigen Mitarbeitern dieser Arbeit nachgeht, die Fallstricke beinhaltet.

Welche?

Der Verein hat eine Doppelrolle. Einerseits führt er vertrauliche Gespräche mit den Insassen, andererseits muss er gutachtenähnliche Einschätzungen an die Justiz abgeben. Oft fallen diese Einschätzungen sehr freundlich aus.

Warum?

Weil die Betreuer die Leute durch mehrere Gespräche besser kennen. Wenn ich aus Gesprächen, in denen ich Klienten eine Vertraulichkeit suggeriere, eine Beurteilung schreibe, habe ich Hemmungen, etwas sehr Kritisches da reinzuschreiben. Viele dieser Gutachten sind sehr wohlwollend. Das haben wir auch in unserer Studie über Insassen im Gefängnis herausgefunden. Oft steht in diesen Gutachten etwa, wie zugänglich die Klienten im Vergleich zu anderen Gefangenen sind.

Es steht auch in Ihrer Studie, dass viele Klienten die Gespräche mit den Betreuern zwar nett fänden, aber keineswegs an Deradikalisierung interessiert seien, dafür aber an guten Bewertungen durch ihre Betreuer. Die Frage, die sich für mich vielmehr stellt: Wie wird eine derartige Einschätzung beurteilt? Schliesslich ist es nicht der Deradikalisierungs-Betreuer, der die Leute in die Freiheit entlässt. Wenn ihre Einschätzung die einzige ist, auf die man sich bezieht, ist das natürlich ein Problem.

Wie würden Sie die österreichische IS-Szene charakterisieren?

Grundsätzlich lässt sich Österreichs dschihadistische Szene in drei Milieus unterteilen. Es gibt hier eine starke slawischsprachige salafistische Szene, deren Anhänger sich in den 1990er-Jahren im Bosnien-Krieg radikalisiert haben. Ihre Vertreter rekrutieren vor allem unter Muslimen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Dann hat sich innerhalb der tschetschenischen Diaspora, die mit knapp 30'000 Personen in Österreich zu den grössten in Europa zählt, eine dschihadistische Szene entwickelt. Und zuletzt gibt es jene Gruppe der *homegrown* Dschihadisten, die geboren und aufgewachsen sind in Österreich. Sie haben sich unmittelbar nach 9/11 als Teil einer globalen dschihadistischen Bewegung und Jugendkultur begriffen. Zu ihnen zählte etwa der Wiener Mohamed Mahmoud, der im September 2007 mit seiner Freundin verhaftet wurde. Die beiden waren die ersten, gegen die in Österreich ein Prozess wegen Mitgliedschaft in einer dschihadistischen Terrororganisation geführt wurde. Als der Islamische Staat (IS) sich in Sy-

rien und Irak zu etablieren begann und spätestens mit der Ausrufung des Kalifats 2014 gewann der IS für diese Gruppe bedeutend an Attraktivität.

Insgesamt sollen sich 320 Menschen aus Österreich den IS-Milizen in Syrien und Irak angeschlossen haben. Damit hat Österreich – nach Belgien – im Verhältnis zu seiner Bevölkerung die meisten *foreign fighters* aus Europa im IS-Gebiet. Warum?

Diese Zahl bezieht sich nur auf Schätzungen des österreichischen Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung BVT. Von vielen weiss man nur, dass sie in Richtung Syrien verschwunden sind, und nicht genau, wem sie sich angeschlossen haben. Das war nicht immer der IS, sondern teilweise waren es auch andere Milizen. Der überproportionale Anteil hängt sicher damit zusammen, dass Österreich viele Jahre lang eine sehr stark antimuslimische Propaganda etwa durch die FPÖ erlebt hat. Damit ist das Opfernarrativ, von dem Dschihadisten profitieren, sehr viel weiter unter Muslimen verbreitet als in vielen anderen europäischen Staaten.

Gibt es bestimmte Gruppen, die besonders oft in den Dschihad ziehen?

Wir haben in Österreich eine sehr grosse tschetschenische Community, aus der sich Leute tschetschenischen Milizen in Syrien angeschlossen haben. Diese haben als eine Art dschihadistische Söldner teilweise mit dem IS, teilweise mit anderen dschihadistischen Gruppen zusammen gekämpft. Die tschetschenischen Brigaden hatten zwar kein Problem mit der dschihadistischen Ideologie, haben sich aber weniger als Kämpfer in einem globalen Dschihad gesehen – sie betrachteten aufgrund des russischen Engagements in Syrien das Land vielmehr als erweitertes Schlachtfeld für den eigenen Konflikt im Kaukasus.

Wie hat sich die militärische Niederlage des IS-Regimes 2019 auf die Szene in Österreich ausgewirkt?

Natürlich fand hier eine Demoralisierung statt. Plötzlich war aber auch das Ventil weg, dorthin gehen zu können. Wer in Wien glühender Anhänger war, hat früher versucht, nach Syrien zu fahren. Nach der Niederlage des IS als Para-Staat war das für die meisten nicht mehr möglich. Dadurch ist die Anschlaggefahr kurzfristig hier in Europa gestiegen. Es ist eine paradoxe Situation, aber die militärische Bekämpfung des IS ist notwendig, wenn man den Dschihadismus besiegen will, auch wenn sich die Terrorgefahr für uns in Europa kurzfristig erhöht.

Was wissen wir über die aktuelle Szene?

In Wien gibt es ein paar hundert IS-Sympathisanten. Die Szene ist mittlerweile weniger sichtbar, weil sich der Verfolgungsdruck der Behörden seit 2014 massiv erhöht hat. Damals haben die Anhängerinnen noch abgeschlagene Köpfe auf Facebook gepostet. Mittlerweile sind die virtuellen Kanäle stärker überwacht, wodurch viele ins Darknet abgewandert sind. Auch die meisten Moscheen, in denen Extremisten verkehrten, wurden geschlossen.

Erst kürzlich haben die Behörden zwei Moscheen geschlossen, die der Attentäter besuchte. Was bringt das?

Das Schliessen von Moscheen ist einerseits sinnvoll, weil es die Arbeit dieser Gruppen erschwert. Andererseits waren diese Moscheen relativ gut überwacht. Das waren überschaubare Orte, wo man die Personen gekannt hat, und natürlich drängt das Schliessen die Szene in den Untergrund, was die Überwachung erschwert. Deswegen haben die Behörden bisher davon abgesehen. Ich vermute, dass die jüngsten Schliessungsaktionen primär auf Druck der Öffentlichkeit veranlasst wurden.

Sicherheitspolitisch macht das also keinen Sinn?

Nicht wirklich.

Das BVT steht massiv in der Kritik. Hinweise des slowakischen Geheimdienstes, dass der vorbestrafte Islamist schon im Juli versuchte hatte, in Waffengeschäften in Bratislava Munition für seine Kalaschnikow zu kaufen, wurden nicht weiterverfolgt. Was läuft falsch im BVT?

Die Landesämter für Verfassungsschutz unterscheiden sich in ihrer Ausstattung und ihrem Zugang, wen sie wie überwachen. Es gibt Landesämter mit Expertinnen, die relativ gut informiert sind über die Szene und die auch unterscheiden können zwischen «wirklich gefährlich» und «nur konservativ». Und es gibt Landesämter, die einen diffusen Begriff vom «politischen Islam» haben. Die finden alles ein bisschen problematisch und können deswegen nicht fokussiert arbeiten. Das Hauptproblem ist das Fehlen der *human intelligence* und der Kompetenz, die gesammelten Informationen zu verarbeiten. Viele Personen im österreichischen Verfassungsschutz sind ehemalige Polizisten, von denen manche vielleicht eine Zusatzausbildung haben, aber das war es dann auch schon. Es gibt wenige Leute mit entsprechenden Sprachkenntnissen und kaum Personen, die irgendwie an die Communitys angedockt sind.

Das war schmerzhaft sichtbar, als der Wiener Polizeipräsident das Bekenner-Video des Attentäters mit den Worten kommentierte: «Er spricht arabisch oder irgendeine nordafrikanische Sprache.» Als ob es in Österreich keinen Experten gebe, der den Unterschied ausmachen könne.

Das ist leider so. Trotzdem finde ich, dass das BVT bis 2017 leidlich gut funktioniert hat. Es hatte die Szene im Griff und wusste, was passiert. Unter der Regierung von ÖVP und FPÖ hat sich das schlagartig geändert.

2018 hat der damalige Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) Razzien im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung angeordnet, wobei eine Einsatzgruppe für Strassenkriminalität, angeführt von einem FPÖ-Gemeinderat, im Auftrag der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen in den Räumlichkeiten des BVT durchführte und sensible Daten beschlagnahmte.

Seit dieser Aktion scheint das BVT weitgehend dysfunktional geworden zu sein. Er wurde auch teilweise von Informationen internationaler Geheimdienste abgeschlossen, weil ihm nicht mehr getraut wurde. Der BVT hat sich danach stark zurückgezogen. Das erklärt vielleicht auch, warum so eindeutige Hinweise, wie jener aus der Slowakei, nicht weiter verfolgt wurden.

Zurück zu Ihrer Studie: Sie haben unter Insassen, die wegen Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung inhaftiert wurden, eine sehr heterogene Gruppe ausgemacht, deren Radikalisierungsfaktoren schwer auf einen Nenner zu bringen sind. Können Sie das erläutern?

Was für alle gilt, ist eine gewisse Entfremdungserfahrung von der hiesigen Gesellschaft. Sie wurden zu einem bestimmten Zeitpunkt in ihrem Leben von dschihadistischen Gruppen aufgelesen, bei denen sie das bekommen haben, wonach sie gesucht haben – wie etwa das Gefühl nach Zugehörigkeit, Sinn und Anerkennung. Aber die konkreten biografischen Brüche sind sehr unterschiedlich. Was hingegen ihre Deradikalisierung angeht, lassen sich durchaus Gemeinsamkeiten finden.

Zum Beispiel?

Sie müssen das Gefühl haben, in der Haft fair behandelt zu werden, sowohl von den Mithäftlingen als auch dem Justizpersonal, und nicht «schlimmer als die Kinderschänder», wie viele behaupteten. Auch der Kontakt zu Seelsorgern, Sozialarbeiterinnen, und Familienmitgliedern wirkt deradikalisierend. Wichtig ist es auch, dass sie verstehen, warum sie überhaupt eingesperrt wurden.

Das wissen sie nicht?

Wenn die Inhaftierten «nur» ein Meinungsdelikt begangen haben, etwa auf Facebook posteten, wie geil der IS ist oder das Foto der schwarzen IS-Flagge, können sie deswegen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach Paragraf 278b angeklagt und verurteilt werden. Wer wegen eines solchen Posts verurteilt wird, fühlt sich ungerecht behandelt, weil er nicht versteht, warum er ein Terrorist sein soll. Schliesslich hat er ja niemanden umgebracht. Während die Insassen, die nach Syrien gefahren sind, schon wissen, wofür sie verurteilt worden sind.

Ist die Radikalisierungsgefahr grösser bei jenen, die «nur» etwas gepostet haben?

Das muss nicht so sein, aber es ist ein Problem, dass der Paragraf so breit gefasst ist. Jemand, der wegen eines Post verurteilt wurde, würde es eher verstehen, wenn er bestraft wird aufgrund eines Paragrafen, der Propaganda für eine terroristische Vereinigung verbietet. Und nicht wegen Mitgliedschaft.

Ich will es genauer wissen: Der Terrorartikel im österreichischen Strafgesetzbuch

Mit dem Strafrechtsänderungsgesetz 2002 wurde der Paragraf 278b StGB in das Strafgesetzbuch eingefügt:

(1) Wer eine terroristische Vereinigung (Abs. 3) anführt, ist mit Freiheitsstrafe von fünf bis zu fünfzehn Jahren zu bestrafen.

(2) Wer sich als Mitglied (§ 278 Abs. 3) an einer terroristischen Vereinigung beteiligt, ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen.

(3) Eine terroristische Vereinigung ist ein auf längere Zeit angelegter Zusammenschluss von mehr als zwei Personen, der darauf ausgerichtet ist, dass von einem oder mehreren Mitgliedern dieser Vereinigung eine oder mehrere terroristische Straftaten (§ 278c) ausgeführt werden oder Terrorismusfinanzierung (§ 278d) betrieben wird.

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, wie Frankreich, ist die Radikalisierung in der Haft in Österreich kein Thema.

Wir konnten in der Studie sehr klar zeigen, dass das zumindest bis 2017 kein Massenphänomen war. Die meisten Insassen waren davor nicht im Gefängnis gewesen. Das heisst, dass sie draussen radikalisiert wurden. Doch einzelne Fälle gab es, und es kann schon zum Thema werden, nachdem es nun mehr einschlägige Gefangene gibt.

Einer Ihrer Interviewpartner hat versucht, Sie selbst zum Islam zu konvertieren?

Ja, das war ein junger Mann Mitte 20. Ich habe es nicht als unangenehm empfunden, aber mir war klar, was er da macht. Er hat versucht, das Interview so zu drehen, um mit mir über Gott und den Sinn des Lebens zu sprechen. Er hat mir zu verstehen gegeben, dass ich doch sicher Interesse hätte, im Jenseits nicht in der Hölle schmören. Also, es passiert durchaus, jedoch nicht im selben Ausmass wie in Frankreich. Das kann sich aber ändern, wenn mehr Personen inhaftiert sind, vor allem mehr Ideologen. Man muss da schon vorsichtig sein und gegensteuern.

Wie?

Indem man darauf achtet, mit wem diese Personen zusammengesetzt wer-

den. Legt man sie mit halbwegs gefestigten Charakteren zusammen und beobachtet, wie sich das Verhältnis mit den Mithäftlingen entwickelt, gibt man ihnen eine Aufgabe, beschäftigt man sie. Man muss aktiv zuschauen und intensive Beziehungsarbeit machen.

Die Ressourcen der österreichischen Justiz sind dafür begrenzt.

Das ist das Hauptproblem. Wir haben zu wenig Personal, angefangen von den Richtern über die Justizwache bis hin zur Gefängnisseelsorge. Wenn die Justizwache zu wenig Personal hat, führt das dazu, dass sie die Leute nur mehr wegsperert und verwaltet. Da lässt sich dann nicht mehr viel de-radikalisieren.

Das Fazit ihrer Studie liest sich sehr pessimistisch: «Obwohl man weiss, dass positive Anreize die Abwendung vom Dschihadismus am besten fördern und die Anfälligkeit für radikale Ideen in Krisen höher ist, werden fast alle, die aus einer Haft wegen Paragraf 278b StGB entlassen werden, mit Bedingungen konfrontiert, die eine Reintegration in die Gesellschaft verunmöglichen.»

Es bräuchte eine engmaschige Begleitung in den ersten Jahren, die auf mehreren Ebenen ansetzt. Bis jetzt findet diese Begleitung durch den Verein Derad lediglich auf einer religionspädagogischen Ebene statt. Aber die Leute brauchen mehr. Sie benötigen einen Arbeitsplatz, eine Wohnung, oftmals Psychotherapie. Die Bewährungshilfe des Vereins Neustart macht da durchaus gute Arbeit, kann aber auch keine Wunder bewirken, wenn niemand einen ehemaligen «Terroristen» einstellt oder dieser sogar seinen Aufenthaltstitel verliert und vielleicht gar nicht mehr arbeiten darf.

Der Wien-Attentäter hatte auf den ersten Blick sehr gute Bedingungen, sich zu reintegrieren. Der 20-Jährige sprach regelmässig mit seinem Betreuer; er bekam mit Unterstützung der Bewährungshilfe eine Wohnung, samt Zuschüssen für Möbel, wie das Nachrichtenmagazin «Profil» berichtete; er bezog Sozialhilfe und war für Mitte November für einen Maschinenbau-Workshop angemeldet gewesen. Da stellt sich schon die Frage: Wie viel denn noch?

Ich kann über den konkreten Fall wenig sagen, da dieser Mann bei unserer Studie noch gar nicht in Haft war. Ein Arbeitsplatz und eine sinnstiftende Tätigkeit sind aber zentral. Der Maschinenbau-Workshop kam wohl zu spät. Für die Sozialhilfe kann man keine Dankbarkeit erwarten. Wenn man monatelang wieder mit den alten Freunden abhängt und alle zwei Wochen einen Betreuer sieht, reicht das halt nicht immer.

Nach dem ersten Schock fokussieren sowohl Politik als auch Medien auf die doppelte Staatsbürgerschaft des Attentäters. Er besass sowohl die österreichische als auch die nordmazedonische. Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) spricht jetzt von Ausbürgerung und Aberkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft bei IS-Heimkehrern. Ist Österreichs Dschihadismus-Problem am Ende nur eine Frage der falschen Dokumente?

Es ist eine bequeme Lösung. Es exterritorialisiert das Problem. Es tut so, als wären wir eine Gemeinschaft, die von einem Angriff von aussen leidet. Dabei ist genau dieser Terroranschlag ein Beispiel dafür, dass dem nicht so ist. Diese Person ist hier geboren, hier aufgewachsen und hier sozialisiert worden. Und hat zufällig eine zweite Staatsbürgerschaft aus Nordmazedonien. Für sie wäre Nordmazedonien sicher um vieles fremder als Österreich. Aber ja, es ist psychologisch beruhigender, sich auf die andere Staatsbürgerschaft zu konzentrieren, als wenn wir uns eingestehen müssen, dass wir die Bestie aus unserem «eigenen» Schoss geboren haben.



Robert Newald

Zur Person

Thomas Schmidinger ist Politikwissenschaftler und Sozial- und Kulturanthropologe, er unterrichtet an der Universität Wien und der Fachhochschule Oberösterreich. Seine Forschungsschwerpunkte sind die kurdische Frage, politischer Islam, Dschihadismus, Kosovo, der Sudan und Gewerkschaften in der arabischen Welt. Zu seinen Büchern zählen «Jihadismus: Ideologie, Prävention und Deradikalisierung» und «Die Welt hat uns vergessen. Der Genozid des Islamischen Staates an den JesidInnen und die Folgen».